

Integrationsprojekt im Planerladen e.V.

Positionen

- Migranten wohnen schlechter und teurer.
- Bedürfnisse gleichen sich an. Nachfragevielfalt steigt.
- Spezifische Wohnbedürfnisse können nicht immer befriedigt werden.
- Erzwungene und freiwillige Segregation unterscheiden sich.
- Benachteiligte Quartiere werden überfordert.
- Migranten haben eine schwache Nachfrager-Position.
- Diskriminierung findet statt.
- Besser gestellte Haushalte entziehen sich ihrer Integrationsaufgabe.
- Sozialer Wohnungsbau trägt zu Segregation bei.
- Migranten fehlt der Zugang zur (Wohnungs-)Politik
- Segregation und Desegregation verlangen politische Gratwanderung.
- Städte handeln sehr unterschiedlich.
- Wohnungspolitik zementiert Polarisierung.

Migranten wohnen schlechter und teurer.

Im Durchschnitt sind Migranten geringer qualifiziert und haben ein niedrigeres Einkommen als einheimische Deutsche, was zur Anmietung von vergleichsweise schlechter ausgestatteten und kleineren Wohnungen führt.

Sie leben vorwiegend in Großstädten, wohnen beengter als Einheimische und häufig in größeren Haushalten. Auf dem für sie verengten Wohnungsmarkt zahlen Migranten im Schnitt mehr pro Quadratmeter Wohnfläche als Einheimische – trotz der in der Regel geringeren Größe sowie der schlechteren Ausstattung und Lage ihrer Wohnungen. Dies lässt sich nur z.T. mit dem Umstand erklären, dass zumindest die Neuzuwanderer unter ihnen aber auch die aufgrund unsicherer Wohnperspektiven zu erhöhter Mobilität gezwungenen Migrantenhaushalte auf das jeweils aktuelle Angebot an verfügbaren Miet- und Eigentumswohnungen

angewiesen sind. Sie müssen sich überwiegend aus dem teuersten Bereich des ihnen zugänglichen Marktsegments bedienen.

Bedürfnisse gleichen sich an. Nachfragevielfalt steigt.

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer gleichen sich die Ansprüche und Wünsche von Migranten an ihre Wohnsituation denen der Einheimischen weiter an.

Mit der Übernahme städtischer Wohn- und Lebensstile und der Ausdifferenzierung von Haushaltstypen lösen sich großfamiliäre Strukturen auch in Migrantenfamilien schrittweise auf. Dies führt nicht nur zu einem erhöhten Wohnflächenbedarf und damit zu einer zukünftig vermehrten Wohnungsnachfrage, sondern wie bei der einheimischen Bevölkerung auch zu einer größeren Vielfalt und Variabilität in der Nachfrage nach Wohnraum.

Die Eigentumsquote unter den Ausländern steigt seit Jahren an. Einerseits ist dies sicher ein Zeichen für gelingende Integration. Andererseits stellt dies aber auch eine Reaktion auf Diskriminierungserfahrungen dar, bei denen ihnen ein Zugang zum qualitativ hochwertigen Mietwohnungsmarkt tendenziell verwehrt wurde.

Spezifische Wohnbedürfnisse können nicht immer befriedigt werden.

Obwohl sich die Wohnwünsche von Migranten mit zunehmender Verweildauer weiter angleichen, artikulieren sie aufgrund ihrer Lebensstile (z.B. im Familienverbund) und kulturellen Orientierungen gerade in den ersten Einwanderungsgenerationen z.T. spezifische Wohnbedürfnisse.

Dies und die starke Standardisierung insbesondere des ihnen zugänglichen geförderten Wohnungsmarktsegmentes liefern Erklärungen dafür, warum Migranten eine für sie ideale Wohnung nicht finden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich aufgrund der z.T. erheblichen Zuwanderer- und Abwanderer- bzw. Rückkehrer- die Aufgabe der Integration von Neuzuwanderern in den Wohnungsmarkt auch zukünftig immer wieder neu stellt.

Erzwungene und freiwillige Segregation unterscheiden sich.

Die Grenzen zwischen erzwungener und freiwilliger Segregation, ebenso wie zwischen der Bildung ethnischer Kolonien und Tendenzen einer "Ghettoisierung" sind fließend.

Erzwungene Segregation, bedingt durch Marktmechanismen und Diskriminierungspraktiken, die Migranten bei der Wahl ihres Wohnstandortes einschränken, ist als negativ zu bewerten. Demgegenüber können Migranten von einer freiwilligen Segregation und vom Leben in ethnischen Kolonien durchaus profitieren, da diese starke soziale Netzwerke bieten.

Benachteiligte Quartiere werden überfordert.

In benachteiligten Quartieren – häufig zugleich die Schwerpunkte von Zuwanderung – sind Einheimische oftmals mit den ihnen abverlangten Integrationsaufgaben überfordert, was zu Konflikten führt.

Einheimische aus der Mittelschicht, zunehmend aber auch bildungsnahe und aufstiegsorientierte Migrantenfamilien, verlassen die sozial belasteten Stadtteile mit schlechtem Wohnumfeld, wenn sie es sich leisten können bzw. wenn sie Zugang zu alternativen Wohnstandorten finden können. Zurück bleiben die ärmsten und am meisten benachteiligten Haushalte in einem weiter destabilisierten Stadtteil, in dem sozial deklassierte deutsche Haushalte und Migrantenhaushalte nebeneinander leben. Vor dem Hintergrund der strukturellen Spaltung des Arbeits- und Wohnungsmarktes droht damit die Gefahr der Herausbildung von räumlichen Clustern von Modernisierungsverlierern, darunter die verschiedenen Migrantengruppen, denen die ökonomische Integration nicht gelungen ist und die als "Entbehrliche der Arbeitsgesellschaft" oder gar als "neue städtische Unterschicht" dauerhaft in Randständigkeit gedrängt werden.

Migranten haben eine schwache Nachfrager-Position.

Zur ohnehin schwachen Stellung von Zuwanderern als Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt und der Existenz diskriminierender Praktiken von bestimmten Vermietern und Eigentümern tritt hinzu, dass Migrantenhaushalte in der Regel über knappere kognitive Ressourcen verfügen (niedrigerer Bildungsstand, geringere Deutschkenntnisse etc.).

Dies schwächt etwa ihre Rechtsposition im Mieter-Vermieter-Verhältnis, und erschwert ihnen den Zugang zu den unterschiedlichen Akteuren und den Informationsmedien des unübersichtlichen Wohnungsmarktes. Resultat ist eine zusätzliche Einschränkung des für sie verfügbaren Angebotspektrums.

Diskriminierung findet statt.

Offen oder in subtiler Weise finden diskriminierende Quotierungen, Zugangssperren oder Belegungspraktiken Anwendung, die die Anteile von Migranten in einem bestimmten Haus, Block oder Quartier nicht über einen bestimmten Prozentsatz hinaus ansteigen lassen sollen.

Der Vermieter wird zum "Gatekeeper". Dies gilt insbesondere für Zeiten eines angespannten Wohnungsmarktes, in denen Vermieter zwischen vielen Nachfragern wählen können. Die ethnische Zusammensetzung eines Quartiers kann den ökonomischen Wert von Immobilien beeinflussen. Durch Zuzug von Migranten (mit niedrigem sozialen Status) sehen Eigentümer die Attraktivität ihrer Immobilie für besserverdienende deutsche Mieter schwinden. Gleiches gilt für den Verkauf von Immobilien oder Bauland.

Besser gestellte Haushalte entziehen sich ihrer Integrationsaufgabe.

Die sozial-räumliche Ausgrenzung von Migrantenhaushalten wird dort besonders augenfällig, wo sich in mehr oder weniger subtiler Weise kollektive Interessen zur Abwehr von ethnisch homogenen oder auch interkulturell angelegten Wohnprojekten formieren.

Dieses, insbesondere bei Eigenheimbesitzern schon länger anzutreffende NIMBY-Reaktionsmuster ("not-in-my-backyard") stellt darauf ab, Zuwanderer zu Problemverursachern zu erklären und analog einer Mülldeponie oder Kläranlage als "Belastungsmerkmal" zu definieren. Die Protagonisten einer solchen Politik legen es – mancherorts auch offen rassistisch – darauf an, sich der gesellschaftlichen Realität von Zuwanderung zu entziehen. Letztlich geht es darum, sich der zu erbringenden notwendigen Integrationsleistungen zu entziehen und bestehende soziale und ethnische Segregationsmechanismen weiter aufrechtzuerhalten.

Sozialer Wohnungsbau trägt zu Segregation bei.

Der soziale Wohnungsbau ist im deutlichen Gegensatz zum Anspruch der staatlichen Wohnungspolitik in der Nachkriegszeit ("breite Schichten der Bevölkerung") heute zum Auffangbecken für Notfälle geworden.

Neben den dysfunktionalen Wirkungen der Fördersystematik (u.a. Fehlbelegungsabgabe) haben Belegungspolitiken von Kommunen und Wohnungsgesellschaften in der Vergangenheit zur (erzwungenen) Segregation von sozial schlechter gestellten Migranten beigetragen. Besonders problematisch gestaltet sich die Entwicklung in den peripheren Großsiedlungen, in denen sich Migrantenhaushalte, buchstäblich auch räumlich an den Rand der Stadtgesellschaft gedrängt sehen.

Wie die Erfahrungen mit den Großsiedlungsprojekten der 60er und 70er Jahre zeigen, sind Großvorhaben aus der Hand eines dominanten Wohnungsmarktakteurs für eine Integrationsaufgabe kaum geeignet.

Migranten fehlt der Zugang zur (Wohnungs-)Politik

Migranten fehlt der Zugang zu den politischen Repräsentanten der Wohnungs- und Planungspolitik und zu ihren administrativen Umsetzungsinstanzen. Dies hat viel mit der vielfach noch fehlenden interkulturellen Öffnung der Institutionen der Mehrheitsgesellschaft zu tun.

Den Ausländern unter den Migranten fehlt es zudem an politischen Rechten (wie dem Wahlrecht); sie sind damit keine wirklichen "Stadtbürger". Es ist zu vermuten, dass diese politische Exklusion neben dem selektiven Charakter der zum Einsatz kommenden Beteiligungsverfahren für das nicht selten geringe Interesse von

Zuwanderern an partizipativen Prozessen mitverantwortlich ist ("Die entscheiden sowieso über unsere Köpfe hinweg").

Segregation und Desegregation verlangen politische Gratwanderung.

Auf der einen Seite führt die Differenzierung und Hierarchisierung von Räumen durch Marktmechanismen aber auch durch Wohnungspolitik und Stadtplanung zu (erzwungener) sozial-räumlicher Segregation. Auf der anderen Seite wird vor dem Hintergrund der Programmatik der Schaffung einer "gesunden Mischung" eine Desegregationspolitik verfolgt, die z.B. in Quotenregelungen ihren Ausdruck findet. Für die Politik ist diese ambivalente Problematik nur mit einer Gratwanderung zu lösen.

Städte handeln sehr unterschiedlich.

Die Städte gehen Ihre politische Integrations- und Antidiskriminierungsaufgabe in unterschiedlicher Weise an. Nur wenige haben eine städtische Gesamtstrategie entwickelt. Es liegt auf der Hand, dass die Folgen des beschränkten Marktzuganges für Migranten und die dadurch für sie entstehenden Belastungen nicht allein von der Wohnungspolitik aufgefangen werden können.

Wohnungspolitik zementiert Polarisierung.

Die staatliche Wohnungspolitik war immer auch Strukturpolitik und beeinflusste über die Objektförderung die Siedlungsstrukturen und die Stadtentwicklung insgesamt. Sieht man einmal von einer kurzen Phase in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg ab, so wurde sie in der Hauptsache zur Zementierung bestehender sozial-räumlicher Polarisierungstendenzen in den Städten genutzt. Dies steht im Gegensatz zur sozialstaatlichen Verpflichtung von Wohnungspolitik, die Versorgung auch jener benachteiligten Haushalte zu gewährleisten, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können.

Integrationsprojekt im Planerladen e.V.

Planerladen e.V.
Borsigstr. 1
44147 Dortmund
integration@planerladen.de
www.integrationsprojekt.net